



Brexit schuf neue EU-Außengrenze

Die Situation in den nordfranzösischen Flüchtlingscamps am Ärmelkanal bleibt katastrophal. Mit dem Brexit hat sich dabei etwas geändert: Zwischen Frankreich und Großbritannien besteht nun eine EU-Außengrenze. Beide Seiten sind sich nur in der Migrationsbekämpfung einig.

Von Charlotte Schnurr

Head and shoulders, knees and toes, knees and toes“, singen etwa fünfzehn Kinder mit Freiwilligen der NGO *Project Play* in einem Flüchtlingscamp in Calais. Kurz zuvor hatte Maryam, ein etwa sieben Jahre altes Mädchen, das fließend Deutsch spricht, gesagt, es könne sich nicht mehr bewegen. Es sei zu kalt und sie würde ihre Füße nicht mehr spüren. Nun singen sie und tanzen im Matsch, um die Kälte zu vertreiben. Ob sie auch dann spielen,

wenn *Project Play* nicht da ist? Maryam verneint: „Wir kommen morgens oft nicht aus den Zelten heraus. Dafür ist es zu kalt. Uns ist immer langweilig.“

Der Anblick der Camps ist trostlos. Unter einer Brücke und neben alten Bahngleisen stehen die Zelte. Man sieht viele Männer, doch auch Frauen und Kinder sitzen vor den Zelten und wärmen sich an brennendem Plastik auf. Die Flammen verströmen einen beißenden Geruch. „Plastik

brennt länger“, erklärt Azad, Mitte dreißig. Er trägt Badeschlappen, mit denen er im Matsch versinkt. Seit nunmehr zwanzig Jahren gibt es in Calais Lager, in denen Flüchtende auf eine Möglichkeit warten, nach Großbritannien einzureisen. Noch immer gibt es keine langfristigen Lösungen, die humanitäre Katastrophe vor Ort wird weiterhin geleugnet. Frankreich deckt die Grundbedürfnisse der illegalisierten Migrant:innen in Nordfrankreich in keiner Weise. Die Menschen haben keinen oder nur unzureichenden Zugang zu Nahrung,

keine Einkommensmöglichkeiten und möchten dennoch an Essen oder neue Klammotten kommen. Die Camps sind nachts extrem gefährlich. Immer wieder hört man Schüsse. Als während einer Auseinandersetzung in einem Camp ein Mensch erstochen wurde, weigerte sich die örtliche Polizei, dem Notruf Folge zu leisten: Es sei ihr zu gefährlich, das Camp zu betreten. Die massive Polizeipräsenz, an die man sich schon fast gewöhnt hat, blieb in dieser Nacht aus.

Inmitten dieser Gewalt leben die Schutzsuchenden, darunter auch Kinder und schwangere Frauen, schutzlos in Zelten, die von NGOs bereitgestellt werden. Sie sind auf die tägliche Ankunft dieser Organisationen für Essen, Wasser oder eine wöchentliche Dusche angewiesen. Der Staat verweigert ihnen nicht nur den Zugang zu diesen Notwendigkeiten, er gibt zusätzlich sein Bestes, um diese Hilfe zu verhindern. Die Polizei errichtet beispielsweise immer wieder Absperrungen, durch die zum einen keine Verteilungen mehr erfolgen können, zum anderen Menschenrechtsorganisationen und Journalist:innen die Menschenrechtsverletzungen der Polizei nicht dokumentieren können.

Täglich führt die Bereitschaftspolizei Räumungen durch, wobei geltendes Recht ignoriert wird: Frühmorgens beschlagnahmen sie Zelte, Schlafsäcke und persönliche Besitztümer, welche die Flüchtenden nicht schnell genug zusammentragen konnten. Oftmals zerrren sie Menschen aus ihren Zelten und zerstören diese. Die wenigen persönlichen Gegenstände der Geflüchteten landen oft zerstört auf Müllhalden. Nach den täglichen Räumungen sehen die Camps noch trostloser aus als zuvor. Überall liegen zerbrochene Zeltstangen und zerrissene Zelte. „Wir dokumentieren täglich Polizeigewalt“, bestätigt Lina, eine

Migration über den Ärmelkanal soll mit allen Mitteln verhindert werden.

Getränken, Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Hygiene und Bildung.

Kinder bleiben hier oft für Monate in den Camps und dennoch werden ihnen keine sicheren Räume geboten, in denen sie sich entfalten können. Sie können keine Schule besuchen und haben kaum Spielsachen. *Project Play* versucht die Lücke, die der Staat hinterlässt, zu füllen. „Spiel ist unglaublich wichtig bei der Traumabewältigung und dem Umgang mit toxischem Stress, den die Kinder täglich erfahren müssen. Außerdem ist es ganz wichtig für Social Skills und psychische und physische Gesundheit“, erklärt Lara, Activity-Koordinatorin von *Project Play*. Die Kinder basteln währenddessen und färben den Matsch bunt mit Glitzer.

Gewalt von allen Seiten

Viele Jugendliche rutschen in den Camps in die organisierte Kriminalität ab. Die Perspektivlosigkeit zermürbt sie, sie haben

Freiwillige der NGO *Human Rights Observers*, und zuckt dabei hilflos mit den Schultern: „Wir bemühen uns, immer wenn wir Unrecht beobachten, es so zu sehen, als würden wir es zum ersten Mal sehen. Doch es klappt nicht immer. Irgendwann zuckt man nicht mal mehr mit der Wimper, wenn die Polizei bei den Räumungen wütet.“

Die hohen Geldsummen, die in die sogenannte Flüchtlingskrise im Norden Frankreichs gesteckt werden, kommen nicht bei den Menschen an, sondern sie fließen in eine weitere Militarisierung der Grenze durch *Frontex* und die britische Marine. Allein 2022 zahlte Großbritannien 77,2 Millionen Euro an Frankreich, um die Anzahl der sogenannten Sicherheitskräfte an der nordfranzösischen Küste um 40 Prozent zu erhöhen. Das ändert nichts daran, dass Asylsuchende dennoch versuchen, nach Großbritannien zu gelangen und dabei ihr Leben riskieren. 2022 erreichten mehr als 45.000 Menschen Großbritannien mit dem Boot. 2020 waren es nur etwa 8.000 geglückte Überfahrten. Der Anstieg erklärt sich zum einen dadurch, dass pandemiebedingt weniger LKWs von Frankreich nach England fahren und gleichzeitig die Grenzkontrollen aufgrund des Brexits verschärft wurden. So verlagerte sich die Flucht von LKWs auf Boote. Gleichzeitig gilt für das Vereinigte Königreich durch den Brexit das Dublin-Verfahren nicht mehr. Nun kann nicht mehr geprüft werden, ob Asylsuchende sich zuvor in einem anderen sicheren EU-Land aufgehalten haben. Zudem entstand durch den Brexit ein Arbeitskräftemangel im Vereinigten Königreich, da viele Migrant:innen aus Polen und Rumänien das Vereinigte Königreich verlassen haben. Diese äußeren Faktoren haben jedoch nur bedingt Einfluss auf die individuellen Entscheidungen zur Migration. Der häufigste Grund für die lebensgefährliche

Überfahrt über den Ärmelkanal ist der, dass bereits ein Teil der Familie in Großbritannien lebt: „Some of my family is already in England. We miss them so much“, erzählt auch Mohamed mit seinem Baby auf dem Arm. Schwimmen können sie zwar nicht, nach England wollen sie trotzdem.

Folgen des Brexits

Weil das zentrale Ziel des Brexit ohnehin Abschottungspolitik ist, soll die Migration über den Ärmelkanal mit allen Mitteln verhindert werden. Boris Johnson sagte im April 2022, nun müsse sichergestellt werden, „dass der einzige Weg zum Asyl im Vereinigten Königreich ein sicherer und legaler ist“. Dabei ignoriert er bewusst, dass es Asylwerber:innen quasi unmöglich gemacht wird, legal nach England einzureisen. Und da die Asylanträge derzeit nur mit physischer Anwesenheit auf britischem Territorium möglich sind, müssen Flüchtlinge ihr Leben auf den Booten oder in Lastwagen riskieren, wenn sie in Großbritannien Schutz suchen.

Im April 2022 hat die britische Innenministerin Priti Patel ein Abkommen mit Ruanda geschlossen, welches eine neue Eskalationsstufe im Kampf gegen Asylsuchende darstellt. Sobald diese die gefährliche Reise über den Ärmelkanal überstanden haben, sollen sie mit One-Way-Tickets nach Ruanda ausgeflogen werden. Das ist angesichts der langen Flucht, die die Menschen auf sich genommen haben, zynisch und aufgrund der Menschenrechtslage in Ruanda bedenklich. In dem ostafrikanischen Land soll der Asylantrag dann geprüft werden – jedoch nicht mit dem Ziel, die Menschen zurück nach Europa zu bringen. Sie sollen in Ruanda Asyl erhalten. Ganz unverblümt gibt die Regierung zu: „Wir hoffen, das wird ein starkes Abschreckungsmittel.“ Der oberste Gerichtshof in



Kinder bleiben hier oft für Monate in den Camps. Dennoch werden ihnen keine sicheren Räume geboten, in denen sie sich entfalten können.

England entschied im vergangenen Jahr, dass das Vorhaben legal sei.

Dabei ignorierte man nicht nur Kritik des *UNHCR*, der genau das Gegenteil behauptete, von Menschenrechtler:innen und *Amnesty International*, die das Vorhaben unter anderem als „schockierend schlecht durchdachte Idee“ bezeichnen, sondern auch Kritik aus den eigenen Reihen, zum Beispiel von der ehemaligen konservativen Co-Parteivorsitzenden Sayeeda Warsi, die den Plan als „inhuman“ bezeichnete.

Nicht nur humanitär, sondern auch finanziell, ist das Abkommen eine Katastrophe.

Um die Voraussetzungen für dieses Vorhaben zu schaffen, wurden 120 Millionen Euro ausgegeben. Dabei kann die Einrichtung in Ruanda zur Zeit nicht mehr als 100 Menschen aufnehmen. Pro Person belaufen sich die Kosten auf 15.000 Euro für die Abschiebung, bei vollem Flugzeug weitere 7.800 Euro für den Flug und etwa 11.800 Euro Gerichtskosten.

Und trotz allem Aufwand: Bisher wurde noch kein einziger Mensch nach Ruanda

ausgeflogen. Die Menschen, die am 14. Juni 2022 ausgewiesen werden sollten, haben alle geklagt und alle gewonnen.

Die Staatssekretärin unter Priti Patel sagte, dass es keine Anhaltspunkte gäbe, auf Grund des Vorhabens von einer reduzierten Anzahl von Migrant:innen ausgehen zu können.

Somit lässt sich sagen, das Abkommen ist inhuman und teuer und erreicht vermutlich noch nicht einmal sein eigentliches Ziel: Abschreckung.

Schleuser:innen müssen zudem bald mit lebenslanger Haft rechnen. Denn dass die Schleuser:innen das wahre Problem sind, da sind sich Großbritannien und Frankreich einig. Auch der britische Ruanda-Deal wird mit der Bekämpfung von Schleuserkriminalität gerechtfertigt. Dabei ist diese nur ein Symptom des wirklichen Problems: der humanitären Krise, die Frankreich und das Vereinigte Königreich in Nordfrankreich schaffen.

Die Verschärfung des Asylrechts sowie die Kriminalisierung Flüchtender untergraben das Recht auf Asyl. In den Köpfen der meisten Politiker:innen scheint Asyl eine reine Nettigkeit zu sein, die gewährt werden kann oder eben auch nicht – und kein gesetzlich verankertes Recht. Statt sich auf eine weitere Militarisierung der Grenze zu konzentrieren und für viel Geld inhumane und dysfunktionale Maßnahmen zu schaffen, sollten die Europäische Union und Großbritannien Lösungen unterstützen, die den Menschen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Europa hat bei der Aufnahme von ukrainischen Flüchtenden bewiesen, dass menschenwürdiges und solidarisches Handeln möglich ist. Nun sollte diese Solidarität für alle Geflüchteten gelten.

Charlotte Schnurr unterstützte im letzten Sommer die Koordination eines FreeShops auf der griechischen Insel Chios und engagierte sich über den Winter bei der Organisation *Project Play*.